



---

---

## **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge**

63. Sitzung (öffentlich)

7. Januar 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:30 Uhr bis 12:35 Uhr

Vorsitz: Bodo Champignon (SPD)

Stenografin: Simona Roeßgen

<b>Verhandlungspunkte und Ergebnisse:</b>	<b>Seite</b>
<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>1</b>
<b>1 Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes</b>	<b>1</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/4500 (Neudruck) Erste Ergänzungsvorlage Drucksache 13/4660 Vorlage 13/2550 Abschließende Beratung und Abstimmung, auch über Änderungsanträge der Fraktionen, zu den Einzelplänen 11 (Geschäftsbereich des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie) und 15 (Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit), Zuständigkeitsbereiche des Ausschusses	

Der Ausschuss stimmt über die von den Fraktionen vorgelegten Änderungsanträge zu den ihn tangierenden Kapiteln des Einzelplans 11 (Geschäftsbereich des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie) und des Einzelplans 15 (Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit) ab; siehe dazu die Beschlussempfehlungen an den Haushalts- und Finanzausschuss, Vorlagen 13/2621 und 13/2634.

In den Gesamtabstimmungen nimmt der Ausschuss die in seinem Zuständigkeitsbereich liegenden Teile der Einzelpläne 11 und 15 unter Berücksichtigung der zuvor angenommenen Änderungsanträge jeweils mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP an.

**2 Freie Schauspieler(innen) und Tänzer(innen) brauchen berufliche Selbstständigkeit** 5

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/3625

Vorlage 13/2496

Zuschriften 13/3561 und 13/3564

Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 13/3625, mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP ab.

**3 Schuleingangsuntersuchung entbürokratisieren - Attest des Kinderarztes anerkennen** 6

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/4320

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 13/4320, mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und CDU gegen die Stimmen der Fraktion der FDP ab.

**4 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen 8**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/4559

- nur Verfahrensabsprache

Der Ausschuss kommt überein, diesen Gegenstand nicht mitzubearbeiten und kein Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

**5 Gesetz zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe (Bürokratieabbaugesetz OWL) 9**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/4586

- nur Verfahrensabsprache

Der Ausschuss verständigt sich darauf, diesen Gegenstand in der 64. Sitzung des AGS am 14. Januar 2004 abschließend zu beraten und abzustimmen.

\*\*\*\*\*



## Aus der Diskussion

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

**Vorsitzender Bodo Champignon** wünscht allen Anwesenden ein gutes und gesundes Jahr 2004.

Der **Ausschuss** verständigt sich darauf, in seiner 64. Sitzung am 14. Januar 2004 mit Beginn um 9.45 Uhr den von der CDU-Fraktion beantragten Tagesordnungspunkt zur "Situation der forensischen Kliniken" zu behandeln und den Antrag der CDU-Fraktion "Betreuungsvereine fördern - ehrenamtliche Betreuung stärken", Drucksache 13/4486, abschließend zu beraten und abzustimmen.

**Rudolf Henke (CDU)** möchte wissen, ob sichergestellt sei, dass dem Ausschuss der angekündigte Verfahrensvorschlag der Landesregierung zur Förderung der Betreuungsvereine rechtzeitig vor der abschließenden Beratung zu diesem Punkt zugehe.

Sie gehe nach heutigem Kenntnisstand davon aus, so **Ministerin Birgit Fischer (Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie)**, dass der Verfahrensvorschlag rechtzeitig vorliegen werde.

### 1 **Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4500 (Neudruck)  
Erste Ergänzungsvorlage  
Drucksache 13/4660  
Vorlage 13/2550

- Abschließende Beratung und Abstimmung, auch über Änderungsanträge der Fraktionen, zu den Einzelplänen 11 (Geschäftsbereich des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie) und 15 (Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit), Zuständigkeitsbereiche des Ausschusses

**Vorsitzender Bodo Champignon** weist darauf hin, dass der AGS als Fachausschuss nach dem Zeitplan des federführenden Haushalts- und Finanzausschusses in dieser Sitzung abschließend zu beraten und abzustimmen habe, auch wenn noch eine Zweite Ergänzungsvorlage erwartet werde.

**Rudolf Henke (CDU)** kritisiert das vorgesehene Beratungsverfahren, dessen Basis mit der noch nicht vorliegenden Zweiten Ergänzungsvorlage überholt würde, und kündigt

AGS-Ausschuss

07.01.2004

63. Sitzung (öffentlich)

roe-be

für seine Fraktion an, Änderungsanträge nicht im AGS als Fachausschuss, sondern im federführenden Haushalts- und Finanzausschuss einzubringen.

Er habe zu Beginn vergessen, allen auch ein friedliches neues Jahr zu wünschen, merkt **Vorsitzender Bodo Champignon** an.

*(Sodann tritt der Ausschuss in die Einzelberatung ein.)*

## **Einzelplan 11**

### **Zu 1:**

**Rudolf Henke (CDU)** bittet um einen Kommentar der Landesregierung, warum hier eine Reduzierung des Baransatzes vorgenommen werden solle.

**Vorsitzender Bodo Champignon** erklärt, Fragen zum Änderungsantrag mit der laufenden Nr. 1 müssten an die Koalitionsfraktionen gerichtet werden, die ihn eingebracht hätten.

Er wolle nur wissen, so **Rudolf Henke (CDU)**, wie das Ministerium zu diesem Änderungsantrag stehe.

**Ministerin Birgit Fischer (MGSFF)** schließt die Bewertung einzelner Anträge aus: Es gebe sowohl Erhöhungs- als auch Reduzierungsanträge, die im Gesamtzusammenhang gesehen werden müssten. Als Vertreterin der Landesregierung halte sie es überdies nicht für angemessen, die Anträge der Fraktionen zu kommentieren, könne aber zur inhaltlichen Arbeit Stellung nehmen.

### **Zu 5 und 6:**

**Rudolf Henke (CDU)** erkundigt sich nach der Deckung der von der FDP-Fraktion beantragten Erhöhung des Ansatzes und erklärt, ihm sei dieser Antrag sympathischer als der der Koalitionsfraktionen.

**Dr. Ute Dreckmann (FDP)** antwortet, die Deckung werde nicht in Einzelplan 11, sondern in anderen Kapiteln erwirtschaftet.

### **Zu 11, 12, 13 und 14:**

**Vorsitzender Bodo Champignon** weist darauf hin, dass die Anträge der FDP-Fraktion mit den laufenden Nrn. 12, 13 und 14 mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen mit der laufenden Nr. 11 korrespondierten. Träte die FDP-Fraktion dem Antrag der Koalitions-

AGS-Ausschuss

07.01.2004

63. Sitzung (öffentlich)

roe-be

fraktionen als Antragstellerin bei, könne man sich eine konkurrierende Abstimmung ersparen. - **Dr. Ute Dreckmann (FDP)** erklärt sich namens ihrer Fraktion einverstanden.

**Rudolf Henke (CDU)** möchte wissen, wie die hier vorgesehene Kürzung der gesetzlichen Leistungen der Versorgungsverwaltung um je 1 Million € in den Jahren 2004 und 2005 gerechtfertigt werde.

Durch die bisherigen Ausgaben, so **Marianne Hürten (GRÜNE)**.

**Rudolf Henke (CDU)** bittet die Landesregierung um Konkretisierung und fragt, ob zuvor 1 Million € zu viel veranschlagt worden sei.

**Marianne Hürten (GRÜNE)** verweist auf den Haushaltsplanentwurf.

**Hermann-Josef Arentz (CDU)** erkundigt sich, ob die Landesregierung mit ihrer Ansatzerhöhung eine Sparkasse eingebaut habe.

**Ministerin Birgit Fischer (MGSFF)** entgegnet, der Ansatz der Landesregierung beruhe auf einer Prognose basierend auf der Kostenentwicklung der vergangenen Jahre. Aus einer Prognose könnten unterschiedliche Schlussfolgerungen gezogen werden, was hier der Fall sei.

**Hermann-Josef Arentz (CDU)** fragt nach, ob der Ansatz im Haushaltsentwurf der Landesregierung der Summe entspreche, die bei der Fortschreibung der Entwicklung der letzten Jahre für dieses Jahr zu erwarten wäre.

Aus Kalkulationen und Einschätzungen könne man unterschiedliche Summen errechnen, betont **Ministerin Birgit Fischer (MGSFF)**.

Niemand bestreite das, so **Rudolf Henke (CDU)**. Die Frage laute, ob die Schlussfolgerung der Landesregierung falsch sei.

**Ministerin Birgit Fischer (MGSFF)** hält diese Frage für unsinnig.

**MDgt Kinstner (MGSFF)** meint, die beantragte Zahlenkorrektur habe eine ganz un-dramatische Ursache, denn man müsse bedenken, dass der Landesregierung bei der Aufstellung des Haushaltsplans der Jahresabschluss noch nicht vorliege und dass die Einschätzung des zukünftigen Mittelabflusses im Verlauf eines Jahres immer sicherer werde.

**Rudolf Henke (CDU)** fragt nach der Höhe der im Jahr 2003 abgeflossenen Mittel.

AGS-Ausschuss  
63. Sitzung (öffentlich)

07.01.2004  
roe-be

**MDgt Kinstner (MGSFF)** antwortet, der Jahresabschluss werde erst nach Meldung durch die Regierungshauptkassen definitiv. Anhand der im Jahresverlauf abgerufenen Mittel gewinne man einen immer besseren Eindruck von der Entwicklung der Fallzahlen. Da es dabei in der Regel um Rentenzahlungen gehe, wirkten sich die Belastungen natürlich auch auf die Zukunft aus.

**Zu 21:**

**Rudolf Henke (CDU)** bittet um Auskunft, ob sich die gesetzlichen Grundlagen geändert hätten oder ob solche Änderungen geplant seien, wie sich der quantitativ markante Änderungsvorschlag der Koalitionsfraktionen gegenüber dem Entwurf der Landesregierung erkläre und ob die Landesregierung Erkenntnisse aus dem Haushaltsverlauf 2003 habe, die die vorgesehene Reduzierung nachträglich rechtfertigten.

**Ministerin Birgit Fischer (MGSFF)** erklärt, mit Ablauf des vergangenen Jahres habe sich bestätigt, dass sich 2003 wie schon in den Jahren zuvor erhebliche Reste gebildet hätten. Diese Erkenntnis setzt der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen um.

**Hermann-Josef Arentz (CDU)** bittet darum, den Ausschuss - so weit möglich - in den nächsten Tagen über den Mittelabfluss im Jahr 2003 zu informieren, um die Zahlen nachprüfen zu können.

**Ministerin Birgit Fischer (MGSFF)** sagt dies zu.

## **Einzelplan 15**

**Zu 1 und 2:**

Nach der Abstimmung über den Antrag der Koalitionsfraktionen mit der laufenden Nr. 1 meldet sich **Rudolf Henke (CDU)** zum Antrag mit der laufenden Nr. 2 zu Wort.

**Vorsitzender Bodo Champignon** weist darauf hin, dass sich der Antrag der FDP-Fraktion mit der laufenden Nr. 2 - Reduzierung des Ansatzes - durch die Annahme des Antrags der Koalitionsfraktionen mit der laufenden Nr. 1 - Erhöhung des Ansatzes - erledigt habe.

Man könnte auch der Meinung sein, wendet **Rudolf Henke (CDU)** ein, dass der Änderungsantrag mit der größten Abweichung gegenüber dem Entwurf der Landesregierung der weitgehendste sei und zuerst abgestimmt werden müsse.

**Vorsitzender Bodo Champignon** betont, ein Antrag auf Erhöhung des Ansatzes gehe unabhängig vom Betrag weiter als ein Antrag auf Reduzierung des Ansatzes. Insofern sei der Antrag mit der laufenden Nr. 2 durch die Annahme des Antrags mit der laufenden Nr. 1 erledigt.